

Initiative stösst auf viel Zuspruch

In Beromünster soll nur noch an der Urne abgestimmt werden, fordert eine Initiative. Bereits sind mehr als genug Unterschriften gesammelt.

Niels Jost

Seit gut einem Monat sammelt ein überparteiliches Komitee in Beromünster Unterschriften für die Gemeindeinitiative «Mehr Demokratie für alle». Gemäss dieser sollen Wahlen und Sachgeschäfte in der Gemeinde künftig nur noch an der Urne zur Abstimmung kommen. Die Gemeindeversammlung als oberstes politisches Entscheidungsorgan würde abgeschafft.

Das Anliegen stösst auf viel Zustimmung. «Wir haben bereits über 700 Unterschriften gesammelt», sagt Michael Estermann, Präsident des Initiativkomitees. Nötig wären für das Zustandekommen der Gemeindeinitiative rund 500 Unterschriften. Dafür hätte das Komitee noch bis Mitte Dezember Zeit. Ein Teil der Unterschriften ist laut Estermann bereits beglaubigt. Trotz ihres Erfolges sammeln der 64-jährige «Ur-Möischterer» und seine Mitstreiter weiter. «Unser Ziel ist es, auf etwa 1000 Unterschriften zu kommen. Damit würden wir ein starkes Signal an den Gemeinderat senden.»

Tiefe Stimmbeteiligung

Das Anliegen der Initiative habe schon lange in ihm und seinen Komiteekollegen geschlummert, sagt Estermann. Das Nein zur Ortsplanungsrevision im Mai habe dann den letzten Kick gegeben, um die Forderung auf Papier zu bringen. Für die Unterschriftensammlung haben sie ein Coronaschutzkonzept erstellt. Zudem haben sie mögliche Sympathisanten angerufen und Unterschriftenbögen in deren Briefkasten gelegt. «Wir haben viele positive Rückmeldungen erhalten», sagt Estermann. Ihm zufolge gebe es auch Vereinzelte, die sich nicht trauen würden, ihre Unterschrift zu geben. «Aus Angst, von den Ge-



In Beromünster könnte die Gemeindeversammlung bald ausgedient haben.

Bild: Boris Bürgisser (1. Juli 2020)

meindebehörden benachteiligt zu werden», so Estermann.

Aufgrund solcher Bedenken würden sich gewisse Bürger nicht an der Gemeindeversammlung (GV) äussern, sagt Estermann. Ohnehin würden an der GV nur wenige Fragen oder Anträge gestellt und die Geschäfte einfach durchgewunken. Zudem kämen jeweils nur plus/minus fünf Prozent der Stimmberechtigten an die GV. «Es ist undemokratisch, wenn ein Bruchteil der Stimmbürger für die Allgemeinheit entscheidet», findet Estermann. Die Stimmbeteiligung wäre an der Urne höher. Bei der letzten Abstimmung über die Ortsplanung lag sie bei 45,4 Prozent. Würden nur noch Urnengänge durchge-

«Unser Ziel ist es, auf etwa 1000 Unterschriften zu kommen. Damit würden wir ein starkes Signal an den Gemeinderat senden.»

Michael Estermann
Initiant

führt, müsste der Gemeinderat im Vorfeld eine Orientierungsversammlung abhalten.

SVP mobilisierte bei Unterschriftensammlung

Unterstützung erhält das Komitee von der SVP. Diese hat stark bei der Unterschriftensammlung geholfen. «Die GV ist nicht mehr zeitgemäss für Beromünster», sagt Präsident Beat Merz. Ihm zufolge kämen unter anderem deshalb so wenige an die Versammlung, weil nicht jeder Stimmbürger Zeit dafür habe. Etwa Unternehmer oder Eltern, die auf ihre Kinder schauen müssten, sagt Merz, der dies als Vater und Geschäftsführer des «Fläcke Kafi» selber so erlebe. Bei Urnenabstimmungen könn-

ten mehr Stimmbürger von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen.

Eine ablehnende Haltung zur Initiative haben die CVP und FDP, welche drei respektive zwei der fünf Sitze im Gemeinderat belegen. «Das Anliegen ist prüfenswert, kommt aber zu früh», sagt CVP-Präsident Martin Schlegel. «Es gilt dieses Thema im Rahmen der Gemeindestrategie aufzunehmen.»

Diese Strategie wird ab kommenden Frühling überprüft. Dabei werden etwa die Kompetenzordnung, Kommunikationskultur und das Führungsmodell der Gemeinde angeschaut. Involviert sind gemäss Schlegel um die 30 Anspruchsgruppen. «Die CVP ist offen, all diese

Punkte zu diskutieren und dabei auch die Gemeindeversammlung kritisch zu hinterfragen», sagt Schlegel, der bis zur Fusion 2012 Gemeindepräsident von Neudorf war. «Jetzt – ohne Beachtung von anderen Themen – soll diese Entscheidung aber noch nicht gefällt werden.»

Das sieht auch Charly Freitag so. Der frühere Gemeindepräsident Beromünsters ist bei der FDP für das Dossier zuständig. «Es braucht eine ganzheitliche Betrachtung dieser Themen», sagt er. «Die Initiative möchte jetzt Pflöcke einschlagen. Es wäre falsch, aufgrund des Nein zur Ortsplanung einen solchen Schnellschuss zu machen.»

Vorteile GV: Anträge stellen oder Fragen direkt klären

Freitag und Schlegel heben die Vorteile der GV hervor. An dieser können Anträge gestellt werden, über die direkt abgestimmt wird. Das wäre bei einer Orientierungsversammlung nicht möglich, da die Traktandenliste fix vorgegeben ist. Zudem bestehe die Möglichkeit, Abstimmungen geheim durchzuführen oder an die Urne zu verlegen. «Wir sind überzeugt: Die Gemeindeversammlung funktioniert», sagt Freitag.

Auch Fragen können an der GV direkt beantwortet werden – etwas, was sich viele Bürger bei der Ortsplanung gewünscht hätten, wie die durchgeführte Studie zeigte. Schlegel weiter: «Für ein Urnenverfahren müssen umfangreichere Unterlagen produziert werden.» Er sieht das kritisch und fragt rhetorisch: «Wer liest schon eine Abstimmungsbotschaft mit über 50 Seiten genau durch?»

Ob die Vor- oder Nachteile der GV überwiegen, werden wohl die Stimmbürger entscheiden. Dann wird auch der Gemeinderat Stellung nehmen zur Vorlage, wie dieser ausrichten lässt.

Kolumne zur Stadtentwicklung

Die immobile Unvernunft

Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Auf dem öffentlichen Parkplatz vor Ihrem Haus sitzen am reich gedeckten Frühstückstisch ihre Nachbarn und auf einem anderen werden Yogaübungen gemacht. Trotz gültigem Ticket wäre die Irritation gross und ein Aufschrei garantiert. Denn schliesslich parkt man dort Autos, was anders hat keinen Platz. Aber muss das so sein?

Ein Parkplatz ist mehr als nur eine Abstellfläche. Er ist zugleich Symbol eines veralteten Verständnisses von Mobilität. In Zeiten von Carsharing und Homeoffice lohnt es sich, dieses auf seine Sinnhaftigkeit hin zu überprüfen. Denn ein Fahrzeug, das stillsteht, erfüllt seine Aufgabe nicht und degradiert wertvollen Stadtraum zur

Abstellfläche. So ist es nicht verwunderlich, dass die Ära der autogerechten Stadt zu Gunsten eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts abläuft. Dabei geht es nicht so sehr darum, ob ein Auto elektronisch oder fossil angetrieben wird, es geht vielmehr darum, Mobilität in der Stadt komplett neu zu denken, den individuellen motorisierten Verkehr drastisch zu reduzieren und Stadtraum neu zu verteilen.

Schon immer waren die Mobilität und ihre Wandlung ein wichtiger Treiber für die Stadtentwicklung. Gerade jetzt sind die Chancen für Veränderungen gewaltig: Homeoffice und die Coronapandemie werden das Einkaufen im Internet noch mehr verstärken. Die Folgen sind gewaltig.

Selbst renommierte Warenhäuser in den Innenstädten gehen angesichts von Amazon und Co in die Knie. In Deutschland spricht man bereits von der Verödung der Innenstädte. Ein Parkplatz vor dem Ein-



Stadtentwicklung

kaufsladen löst dieses Problem nicht. Stattdessen müssen Innenstädte aufgewertet werden. Dafür benötigen wir Platz, der zum Verweilen und Konsumieren einlädt und dem

Besucher mehr bietet als das schnelle Besorgen von Waren. In der Gestaltung der Innenstädte kommt heute ein weiterer Aspekt dazu: Die Folgen des Klimawandels in Form von Hitzetagen und wechselnden Wetterereignissen wie starker Regen oder lange Dürren, erfordern vermehrt Grünzonen und Flächen, die Wasser aufnehmen können auch in der Stadt. Massnahmen, die allen Bewohnern und Bewohnerinnen und auch dem Handel zugutekommen.

Was wäre aber, wenn wir Mobilität kollektiv denken? Wenn wir uns von der fixen Idee lösen, dass alle ihr eigenes Auto brauchen? Klar, der Verzicht auf den Besitz des Wagens muss durch einen Mehrwert auf der anderen

Seite kompensiert werden und die Erreichbarkeit des Zielortes garantiert sein. Zum Beispiel durch eine Mobilität, die uns 24 h zur Verfügung steht, ohne dass wir Zeit mit der Parkplatzsuche vergeuden, weil Sammeltaxis, Carsharing, Mietvelos etc. das ÖV-Angebot ergänzen. Einsteigen, Aussteigen, wo es einem passt. Und das Gewerbe in der Stadt koordiniert den Lieferservice. Wo früher Parkplätze waren, sind nun Tische, Bänke, Baumalleen oder Velospuren. Ein Miteinander unterschiedlicher Geschwindigkeiten und Nutzungen.

Wohlgermerkt geht es nicht um die Abschaffung von Mobilität in der Stadt, aber es geht um Konzepte, die die Attraktivität unserer Innenstädte wieder

erhöhen, die auf veränderte Lebensgewohnheiten reagieren, die Wirtschaft stärken und Stadtraum neu organisieren. Für gelebte Nostalgie ist der Stadtraum zu kostbar. Zum Glück haben wir ja das Verkehrshaus in Luzern. Meines Wissens stehen dort noch ausreichend Parkplätze zur Verfügung – vielleicht auch schon bald als Exponate.



Prof. Dr. Peter Schwehr
Leiter des Kompetenzzentrums Typologie & Planung in Architektur der Hochschule Luzern, Departement Technik & Architektur